

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 30. Oktober 1920

Anzeigenpreis: Vereinarbeitungs-, Arbeitsmarkt- und Tobesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 123

Gewerblicher Rundblick

Die Faktorenfrage bildet im Rahmen Gesamtbetrachtung gewerblicher Erhebungen ebenfalls ein Kapitel für sich. Und wir müssen gestehen, daß es gerade kein erfreulicher Punkt ist, mit dem wir es hier zu tun haben. Denn von allen Arbeitergruppen unseres Gewerbes, zu denen wir trotz ihrer sogenannten besonderen Vertrauensstellung auch die Faktoren rechnen, leben wir hier sowohl in organisatorischer, tariflicher wie sozialer Hinsicht ein gewisses „Sich-sich-wollen“, das sich mit dem Geiste der neuen Zeit sehr schlecht verträgt und daher auch überall mit Schwierigkeiten zu rechnen hat und fortgesetzt neue Schwierigkeiten schafft. Da jedoch die Folgen solcher Verhältnisse die Gehilfenschaft weit weniger berühren als die Faktoren selbst, so kann es auch nicht unsere Aufgabe sein, in diesen Fragen mit größerem Nachdruck auf eine befriedigende Lösung zu drängen, als dies von den Faktoren selbst erstrebt wird. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus wünschenswert ist zwischen Gehilfenschaft und Faktoren ein verträgliches und gehilfliches Mitarbeiterverhältnis im gewerblichen Produktionsprozeß. Und es ist uns wohlbekannt und erichtlich zu berichten, daß auch auf Faktorensseite eine ziemlich starke Richtung vorhanden ist, die dies Ziel erstrebt. Leider scheint es jedoch in dieser Hinsicht auch nicht an einflussreichen Strömungen innerhalb der Faktorenschaft zu fehlen, die mehr nach rechts, d. h. nach der Prinzipalseite tendieren. Daraus ergibt sich für die Faktoren im allgemeinen eine Situation, als wenn sie zwischen zwei Stühlen lägen. Auf organisatorischer Seite zeigt sich dies von größtem Nachteil. Den Lesern des „Korr.“ ist es durch eine ganze Reihe von Artikeln aus Faktorenkreisen besonders in den letzten Monaten deutlich genug ersichtlich geworden, daß der Deutsche Faktorenbund mit sehr ernstlichen Gegenströmungen zu rechnen hat, die sich schon seit längerer Zeit zu einer organisierten Opposition von links ausgedehnt hat. Unre Generalversammlung in Nürnberg hat in dieser Beziehung mit ihrer Ansicht nicht zurückgehalten, und wir haben auch heute noch keine Ursache, von dieser Stellungnahme abzusehen. Es wurde in Nürnberg durch den Verhandlungspräsidenten gewissermaßen als Abschluß der Faktorendebatte u. a. erklärt: „... Die Organisation der Faktoren muß sich selbst einem andern Standpunkt, und zwar im Sinne der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, anpassen. Dann wird auch die Möglichkeit gegeben sein, mit dem Faktorenbund in ein gewisses Verhältnis zu treten.“ Inzwischen hat sich an dieser Situation nichts Wesentliches geändert. Und wer Gelegenheit hatte, „Die Graphische Welt“, das offizielle Organ des Faktorenbundes, aufmerksam zu verfolgen, der wird gefunden haben, daß dessen Tendenz immer noch zwischen Hangen und Wanken schwelt. Diese Hilflosigkeit hat nun neuerdings zu noch weiteren Befürchtungen des Faktorenbundes auf organisatorischer Seite geführt. Es handelt sich dabei um Organisationsbestrebungen der höheren Angestellten des graphischen Gewerbes, die nach einem Bericht des „Zeitungsvorgangs“ von Berlin ausgeht und der „Initiative“ des Geschäftsführers der Firma Willkies & Co., Fritz Göb, entpringen soll. Auch hier scheint es sich um eine Abspaltung vom Faktorenbund zu handeln. Und man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man auch diese Spaltungsversuche auf das Konto der Vertragsgemeinschaft setzt, „die allen etwas verspricht, aber niemals jemand etwas gebracht hat“. Nicht mit Unrecht schreibt dazu ein uns bekannter Fachmann: „Nach den höheren Angestellten wird sich aus dem Faktorenbund noch eine Organisation der „mittleren“ und zum Schluß noch eine solche der „niederen“ Angestellten im graphischen Gewerbe bilden. ... Da der Faktorenbund bis jetzt noch nie seine „starke“ Hand zur Erreichung annehmbarer Verhältnisse für seine ihm Angehörigen gehoben hat, so braucht man sich nicht zu wundern über Neubildungen von Angestelltenorganisationen innerhalb des graphischen Gewerbes.“

Es fehlt also nicht an Beweisen, daß auch die Faktorenfrage in der Hauptsache zunächst eine Magenfrage ist, der

die sogenannte Vertragsgemeinschaft noch viel weniger gerecht zu werden in der Lage ist, als die bisherige Tarifgemeinschaft. Es ist daher um so charakteristischer, daß man auch heute noch vom Faktorenbund auf diesem Gebiet absinkend weder ein noch aus weiß. Im Bundesorgan sind man ein großes Rätselraten über Vertrags-, Tarif- oder graphische Arbeitsgemeinschaft. Was es mit der letzteren für eine Bewandnis hat, ist wahrscheinlich nur für ganz Eingeweihte verständlich. Es scheint so ein Mittelglied zwischen Tarif- und Berufsgemeinschaft (Schaeffer) zu sein; also weder das eine, noch das andre. Mit einer geradezu rührenden Naivität möchte man es weder mit den Prinzipalen, als deren „Vertrauensperson“ man sich fühlt, verderben, noch mit den Gehilfen, denen gegenüber man nur schwer herbergen kann, daß man sich immer noch mehr als Vorgelegter statt als qualifizierter Mitarbeiter zu fühlen scheint. Das ist allerdings ein schwieriges Kunststück und verliert außerdem von Tag zu Tag an Kurswert; wodurch die Position zwischen den bekannten zwei Stühlen natürlich immer heikler wird.

Wir sind überzeugt, daß die ab und zu in der „Graphischen Welt“ irrtümliche „Vertrauensperson“ der Prinzipalität die äußerst mangelhafte Vertragsgemeinschaft niemals so betrachten wird, wie es den Interessierten aufreht und sich des Wertes ihrer Arbeitskraft bewußter Faktoren entsprechen würde. Dazu sind die materialistischen Grundlagen der privatrechtlichen Wirtschaft auch im Buchdruckgewerbe viel zu egoistisch. Sie werden auch für die Faktoren nur mit den gleichen Waffen zu überwinden sein, wie sie in der gesamten groben Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital erforderlich sind. Solange die Faktoren in ihrer großen Mehrheit diese Voreinstellung des heutigen geistigen Ringens, von dem die wirtschaftliche Seite untrennbar ist, nicht erkannt haben, werden sie keinen Schritt weiterkommen. Möge daher diese Erkenntnis ihren Vertretern bei den mit dem 29. Oktober angehenden Verhandlungen mit der Prinzipalität zur Seite stehen. Wir wünschen das insbesondere deshalb, weil dadurch auch die persönliche Achtung gegenüber den Faktoren seitens der Gehilfen — alt im beiderseitigen Interesse wie in dem des ganzen Gewerbes nur gewinnen würde.

Die Hauptversammlung der Zeitungsvorleger vom 19. bis 21. Oktober in Hannover bildet einen weiteren Punkt, der besondere Aufmerksamkeit verdient. Zwar sind wir noch nicht in der Lage, das Gesamtergebnis dieser Tagung zu beleuchten, da uns darüber noch kein offizieller Bericht zu Gesicht gekommen ist. Was jedoch zu dieser großen Generalversammlung der deutschen Zeitungsvorleger, die bekanntlich eine der bedeutendsten „Großmächte“ vertreten wollen oder sollen, dem „Zeitungsvorlag“ vom 20. Oktober und nachher der Tagespresse über diese Tagung zu entnehmen ist, bietet reichlich Gelegenheit, von den Sorgen und Wünschen dieser Herren einen einigermaßen ausreichenden Begriff zu bekommen. Nach dem im „Zeitungsvorlag“ veröffentlichten Programm war der 19. Oktober zunächst ein Tag der geistigen und seelischen Stärkung für die Aufrollung der eigentlichen Tagesordnung am nächsten Tage. Diese umfaßt 13 Punkte und war in einen offiziellen und geschäftlichen Teil gegliedert; außer Punkt 5 „Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe“, 6. „Arbeitsmarktangelegenheiten“ (drohendes gänzliches Verbot) und 7. „Papierwirtschaft“ (Kontingenzregelung, Preis, Rückvergütung), verdient unterhalb noch der Antrag, daß der Sitz des Vereins nach Berlin zu verlegen ist (früher Hannover, zuletzt Magdeburg), einige Beachtung. Für den 21. Oktober war die gemeinsame Anhörung eines Referats und Korreferats über „Erfahrungen mit dem Betriebsrätegesetz im Zeitungsgewerbe“ gelegentlich der gleichfalls in Hannover angelegten Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe vorgesehen. Soweit sich nun aus dem „Zeitungsvorlag“ ein Wunschzettel zu diesen Verhandlungen ergibt, wäre zunächst zu vermerken, daß der redaktionelle Beirühungsartikel unter dem Eindruck des Parquetbesatzes der Unabhängigen in Halle die Periode des Bürgerkriegs in

nächster Nähe liegt, welches Bild noch grüßlicher gemacht wird durch eine bewegliche Klage darüber, daß die Arbeitgeberchaft des Berliner Zeitungsgewerbes sich einem „Diktat der Staatsraison“ beugen mußte. Demgegenüber sollte die Tagung in Hannover den Beweis erbringen, daß das Gefühl der Verantwortlichkeit der Presseleute beim Vereine Deutscher Zeitungsvorleger stets die beste Pflege gefunden habe. Denn „um wirken zu können, muß man zunächst leben“, und die erste Pflicht sei deshalb die Pflicht der Selbsterhaltung. Unre Leser würden sich über dieses Bekenntnis wohl freuen, wenn die Praxis dieser Mitglieder des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger in dieser Richtung nicht in erster Linie auf Kosten der Angestellten und Arbeiter geübt würde. Es hat also die offizielle Pauke für diese Tagung von unserm Standpunkt aus schon von vornherein ein großes Loch; und leider ist der übrige Teil des betreffenden Artikels so blutleer, daß es beinahe bedenklich erscheint, von seinem Inhalt auf die Bedeutung der Tagung zu schließen. Welt weniger sagbar und beheldener rückt dafür ein Mitarbeiter des „Zeitungsvorgangs“ namens Karl Gollhoff (Kassel) ins Feld. Er behauptet eine starke Hoffnung auf eine bessere Zukunft durch die Jüngeren, ohne die es nach seiner eignen Ansicht vielleicht für den größten Teil der deutschen Zeitungen im Augenblick am vorzuziehenden wäre, „die Bude zumachen“. Er wünscht im Vorstand eine stärkere Vertretung der mittleren und kleineren Zeitungen gegenüber den „Großen“, außerdem jüngerer Blut an die Spitze. Bei den Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe fordert er gleichfalls einen möglichst starken Einfluß der Zeitungsvorlegerchaft. Auf die „Bedürfnisse der Presse, die doch wohl Zehntausenden von Gehilfen Arbeit und Nahrung gibt“, müsse im neuen Tarif entschieden mehr Rücksicht als bisher genommen werden. Forderungen nach größerer Beweglichkeit für Nacharbeit, Abschaffung der „Zeitstrafe“ für Nacharbeit durch die viel zu hohen Aufschläge und Befehligung mancher Vorschriften für die Arbeitszeit, für die Schmalz neu lassen ein für Unternehmerprofil sehr warmes und für Arbeiterinteressen um so kühleres Satz im Zuhlen dieses Herrn Gollhoff aus Kassel erkennen. Wir wünschen seinem Temperament zwar vollen Erfolg in der Frage des Preisabbaues auf dem Papiermarkt, aber auch eine geringere Echeu bezüglich des Abbaues der Verkaufspreise aller Waren, auch jener des Zeitungsvorgangs. Denn erst dann wird sich auch die Verwertung der menschlichen Arbeitskräfte wieder rentieren, wenn ihre eignen Produktions- und Fortbildungskosten geringer werden. Leider fehlt es diesem wie allen andern Mitarbeitern des „Zeitungsvorgangs“, soweit sie in der in Frage kommenden Nummer zu Worte kommen, an solchen Gedanken. Sie verfahren durchweg nur großes Verlangen nach freier Ausnützung der geistigen und körperlichen Arbeitskräfte an andre Menschen; denken aber nicht daran, daß diese in erster Linie als Verleger ihrer eignen Arbeitskraft ein Recht auf Erzeugnis haben, und um wirken zu können, ebenfalls zuerst leben müssen. Es fehlt also der geistigen Begründung der materiellen Forderungen der Zeitungsvorleger nach dieser Richtung in der Hauptsache die Erkenntnis, daß sie andern nicht zumuten sollen, was sie für sich selbst ablehnen.

Soweit nun nach diesem Vorspiel in den Spalten des „Zeitungsvorgangs“ über den eigentlichen Verlauf der Hauptversammlung des Deutschen Zeitungsvorlegervereins nach den aufällig spärlichen Presseberichten etwas zu sagen wäre, verdient hervorgehoben zu werden, daß an den Verhandlungen der erste Vorsitzende des Deutschen Buchdruckervereins (Herr Klinschardt [Leipzig]) zum erstenmal in offizieller Weise als Gast teilnahm. Dieser wurde durch den Vorsitzenden der Zeitungsvorleger, Dr. Haber, in geradezu offensichtlicher Weise feierlich begrüßt, und zwar ausdrücklich unter Hinweis auf die Beratungen über die Tariffrage im Buchdruckgewerbe, „über dessen außerordentlich ernste Lage sich die Zeitungsvorleger ganz einig seien.“ Eine eigenartige Würdigung sowohl nach der politischen wie sozialen Seite erhielt außerdem die Tagung durch die Teilnahme des Oberpräsidenten der

